



Roderich Kiesewetter

Mitglied des Deutschen Bundestages

Direktmandat Wahlkreis Aalen - Heidenheim

Pressemitteilung

Urteil im Tiergarten-Mord Prozess: Neue Bundesregierung muss eine gemeinsame europäische Antwort erarbeiten

Datum: 15.12.2021

Anlage:

Roderich Kiesewetter, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 6.038

Telefon: +49 30 227-77594

Fax: +49 30 227-76594

roderich.kiesewetter@bundestag.de

Das Urteil im Tiergarten-Mord Prozess ist gesprochen. Die Bundesanwaltschaft hat lebenslange Haft wie auch die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld gefordert und sah es somit als ausreichend erwiesen an, daß es sich um eine politische Tat handelt, hinter der staatliche Stellen Russlands als Drahtzieher stecken.

Roderich Kiesewetter MdB, Sprecher für Krisenprävention der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, kommentiert hierzu: „Das passt in die Erkenntnis der hybriden Kriegsführung Russlands gegenüber der EU und westlich orientierter Staaten, in die sich auch die Propaganda russischer Medien und vermehrte Cyberattacken seitens Moskaus einreihen. Die Machtdemonstration, die Russland durch den Mord zeigen will, soll das Sicherheitsgefühl innerhalb Deutschlands schwächen und die Souveränität wie das Gewaltmonopol der Bundesrepublik in Frage stellen. Damit bestätigt das Urteil den Verdacht, der bereits durch die Verhinderung der Aufklärung des Mordes und die Rechtfertigung der Tat durch Putin, bestand: Es handelt sich um einen Fall von Staatsterrorismus.“

Mit dem nun ergangenen Urteil und der somit bestätigten Vermutung auf Staatsterrorismus muss die neue Bundesregierung eine gemeinsame europäische Antwort erarbeiten! Die EU muss ein klares Zeichen setzen, daß ein solches Verhalten Russlands Konsequenzen haben muss.

Die EU muss über weitere Sanktionen und diplomatische Gegenmaßnahmen beraten. Beim Europäischen Rat im Mai 2021 hatten sich die Staats- und Regierungschefs gerade in solchen Fällen auf eine gemeinsame Linie verständigt und beschlossen, illegale, provokative und disruptive Aktivitäten Russlands gegen die EU oder Mitgliedstaaten zu verurteilen und in solchen Fällen gemeinsam zu reagieren. Dieser Ankündigung müssen nun auch klare Reaktionen folgen! Diese könnte in weiteren Sanktionen oder einer Entscheidung zur Nicht-Inbetriebnahme von Nord Stream II liegen.“